

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 2

Artikel: Die geheime Geburtsurkunde der Deutschen Bundeswehr. Teil 1
Autor: Bauer, Frank
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1005988>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die geheime Geburtsurkunde der Deutschen Bundeswehr – Teil 1

Hinter den Mauern eines unscheinbaren Klosters im Salmtal wurde 1950 deutsche Geschichte geschrieben. Ein Gremium von ehemaligen Spitzenmilitärs der Wehrmacht traf sich unter strengster Geheimhaltung, um die Frage der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das Verteidigungssystem des Westens zu diskutieren. Der erste Teil dieser Serie wirft einen Einblick auf die Geburtsstunde der Bundeswehr bis zur Debatte um das Vermächtnis der Wehrmacht.

Dr. Frank Bauer

Gemeinhin gilt der 12. November 1955 – der 200. Geburtstag des preussischen Militärreformers von Scharnhorst – als Geburtstag der Bundeswehr.

Dass es bei der Aufstellung von Streitkräften mit einem Friedensumfang von 500 000 Mann, zudem konzipiert als Wehrpflichtarmee und Aufwuchspotenzial im Verteidigungsfall, natürlich nicht «den einen Geburtstag» gibt, sondern die planerischen und gesetzgeberischen Vorarbei-

ten weit davor stattgefunden haben mussten, war klar.

Die nachfolgende Darstellung soll damit die dennoch meist unbekannte Vorgeschichte der Bundeswehr beleuchten.

Wer im Sommer eine Wanderung entlang des abgelegenen Salmtals in der landschaftlich reizvollen Mittelgebirgslandschaft der Eifel unternimmt, wird für seine Anstrengung mit dem Anblick der eindrucksvollen Abtei Himmerod belohnt.

Allerdings käme kaum ein Ausflügler beim Betrachten des vor vier Jahren von der Mehrerauer Zisterzienserkongregation nach 900 Jahren der Nutzung als Kloster aufgegebenen Konvents auf die Idee, auf den für die deutsche Militärgeschichte seit Ende des Zweiten Weltkriegs zentralen Ort gestossen zu sein. Tatsächlich jedoch war genau hier unter strengster Geheimhaltung hinter den monastisch-kontemplativ wirkenden mittelalterlichen Klostermauern im Oktober 1950 ein Gremium von ehemaligen deutschen Spitzenmilitärs zusammengetreten, das «die Frage der Eingliederung der Bundesrepublik in das Verteidigungssystem des Westens» ganzheitlich diskutieren sollte.

In Adenauers Auftrag

Dieser sogenannte «Studienausschuss für deutsche Sicherheitsfragen» sollte faktisch mit seinen Arbeitsergebnissen die sicherheitspolitischen Vorstellungen seines Auftraggebers, des damaligen Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer, und dessen Amtsnachfolgern bis zum Ende des Kalten Krieges in deren wesentlichen Grundzügen bestimmen.

Dabei hatte Adenauers Sicherheitsberater, General der Panzertruppe a.D. Gerhard Graf von Schwerin, ursprünglich den Zusammenzug der Expertengruppe bereits auf den 29. August 1950 terminiert und als Ort der Zusammenkunft ebenfalls nicht Himmerod, sondern stattdessen das Kloster Walberberg in der Nähe der Bundeshauptstadt Bonn bestimmt.

Die Zentrale für Heimatdienst

Der ehemalige General hatte erst seit Mai unter grösster Geheimhaltung im Auftrag des Bundeskanzlers die sogenannte «Zentrale für Heimatdienst» aufgebaut. Bereits in einer seiner ersten Amtshandlungen hatte der von britischen Militärs eigens für diese komplexe Aufgabe empfohlene Schwerin dem Regierungschef in einer Denkschrift den Aufbau einer Bundespo-



Bild: Daniel Mietzen

Das Kloster Himmerod. Hier trat im Oktober 1950 eine Expertengruppe auf Wunsch von Bundeskanzler Adenauer zusammen.

lizei als Nukleus und ausbaufähiger Kader für eine künftige westdeutsche Armee vorgeschlagen.

Ausgehend von seiner Lagebeurteilung, die der Sowjetunion den alsbaldigen Versuch der Okkupation Westdeutschlands unterstellte, zeigte sich Schwerin davon überzeugt, dass eine grundlegende Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse und damit eine realistische Chance zur Sicherung des Friedens in Europa durch Abschreckung ausschliesslich unter Einbezug des militärischen Potenzials der Bundesrepublik an der Seite des Westens garantiert werden könne.

Dementsprechend – so schlussfolgte der inzwischen 51 Jahre alte ehemalige Divisionskommandeur der Wehrmacht fünf Jahre nach seiner letzten militärischen Verwendung – müsse ein signifikanter westdeutscher Wehrbeitrag im Interesse der USA und deren europäischen Verbündeten sein.

Zehn bis zwölf deutsche Panzerdivisionen seien hierfür notwendig, wobei deren Aufstellung mithilfe westlicher Staaten im günstigsten Fall zwischen zwei und drei Jahren dauern würde.

Konsens bestand zwischen allen Beteiligten zu diesem Zeitpunkt dahingehend, dass die westlichen Besatzungsmächte für derartige Planungen im Vorfeld ihr Placet geben müssten.

Eindeutig hatte Schwerin den Kanzler informiert, dass die Staaten Westeuropas bereits zu diesem Zeitpunkt ein grundsätzliches, eigenes militärisches Interesse an einem westdeutschen Wehrbeitrag entwickelt hatten.

Dem Westen fehlt es an Truppen

Der Sicherheitsexperte des Regierungschefs hatte dieses westalliierte Interesse zeitgleich auch in einem vertraulichen Gespräch unter vier Augen mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Dr. Kurt Schumacher, dahingehend analysiert, dass «die Westmächte, mit den USA an der Spitze, sich darüber im Klaren sind, dass eine wirksame Verteidigung Europas nur mit deutscher Beteiligung möglich ist».

Die grundsätzliche Ablehnung einer Wiederbewaffnung seitens der SPD, die neben pazifistischen Traditionen und laut

geäusserten Befürchtungen der Gewerkschaften vor einer Rückkehr des Militarismus vor allem die Möglichkeit einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten durch die Politik des christdemokratischen Bundeskanzlers gefährdet sah, konnte die Begegnung dennoch nicht ausräumen.

Derweil gingen die westlichen Militärplaner, die naturgemäss über wesentlich bessere Quellen als die im Verborgenen arbeitende «Zentrale für Heimatdienst» verfügten, davon aus, dass allein in der DDR 22 sowjetische motorisierte Infanterie- und Panzerdivisionen disloziert waren.

Der Hinweis auf weitere 70 000 Mann paramilitärischer Kräfte der kaserniert untergebrachten Volkspolizei der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) verstärkte das Bedrohungsszenario. Hinzu kamen neun weitere sowjetische Divisionen in den östlichen Satellitenstaaten und in Österreich.

Auf dem Territorium der Bundesrepublik standen hingegen lediglich zehn westliche Divisionen und schwache Polizeikräfte der Bundesländer ohne militärische Bedeutung. Das Problem der fehlenden westlichen Truppenstärke mittels deutscher Verbände zu lösen, bot sich den Generalstäben aus pragmatischen Gründen sicherlich an.

Ein Tabubruch allerersten Grades

In der öffentlichen Debatte hingegen bedeutete jede Wiederbewaffnungs-Überlegung ein politischer Tabubruch allerersten Grades.

Immerhin war bezüglich der immerwährenden Entmilitarisierung Deutschlands auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 zwischen den USA, Grossbritannien und der Sowjetunion trotz der bereits erkennbaren Differenzen bei der Umsetzung der gesellschafts-



Bild: Bundesarchiv

Charles de Gaulle, General und Staatsmann der Französischen Republik mit Konrad Adenauer, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Ursprünglich forderte auch Frankreich die strikte Entmilitarisierung Deutschlands – der Kalte Krieg mischte die Karten jedoch neu.



Die Experten, welche den Aufbau der jungen Bundeswehr konzeptionierten und begleiteten, verfügten über Erfahrungen, die bis in die Schützengräben des Ersten Weltkrieges reichten. Im Bild: Generalleutnant Hans Speidel und Generalleutnant Adolf Heusinger mit Verteidigungsminister Theodor Blank.

und wirtschaftspolitischen Ziele in den jeweiligen Besatzungszonen zwischen den Führungsmächten in dieser zentralen Frage ein eindeutiger Konsens erzielt worden.

Auch Frankreich, das nicht Teilnehmer der Potsdamer Konferenz gewesen war, hatte die strikten Entmilitarisierungsvorstellungen des Alliierten Kontrollrats mitgetragen.

Allerdings waren die geopolitischen Karten innerhalb des zwischenzeitlich entstandenen bipolaren Systems der globalen Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West völlig neu verteilt worden: Unter dem Eindruck der ersten sowjetischen Atombombenexplosion stehend, definierte die NATO im Januar 1950 ihre Forward Strategy, die die Abwehr eines befürchteten sowjetischen Angriffs so weit ostwärts wie möglich forderte.

Dies erforderte zur glaubwürdigen Umsetzung dieser Strategie seitens der USA die dauerhafte Stationierung und den Ausbau ihrer Truppenteile in Europa. Gewissermassen rückwirkend bekamen damit die Gründung der Bundesrepublik und kurze Zeit später die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Jahr 1949 auch militärpolitische Bedeutungen, die von den meisten Deutschen damals sicherlich nicht einmal erahnt werden konnte.

Erneut hatten die Westalliierten erst im Dezember 1949 mit ihrem Gesetz Nr. 16 auch nach der Staatsgründung der Bundesrepublik nochmals eine weitere Be-

stimmung, die expressis verbis zur «Aus-schaltung des Militarismus» – so die Zielsetzung im Gesetzestext – dienen sollte, erlassen. Diese Verordnung hatte allen Deutschen jedwede Beschäftigung mit militärischen Fragen unter Androhung hoher Strafen verboten und sollte den alliierten Willen zur Umsetzung der Entmilitarisierungsbeschlüsse erneut unterstreichen.

Korea als Katalysator

Als am 25. Juni 1950 die Truppen des kommunistischen Nordkoreas nach Absprache mit Stalin und Mao die Demarkationslinie nach Süden überschritten hatten, wirkten die Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel auf die heikle und von Rücksichtnahmen vielerlei Art geprägte sicherheitspolitische Diskussion in Europa wie ein Katalysator.

Jenseits des Atlantiks und der westdeutschen Kenntnis entzogen, hatten sich die Joint Chiefs of Staff (JCS) und das State Department unter dem Vorsitz des US-Präsidenten Truman bereits unmittelbar nach dem Beginn des Konflikts grundsätzlich auf die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte festgelegt.

Schwerin konnte nunmehr mit Genehmigung des stellvertretenden amerikanischen Hohen Kommissars General George P. Hays eine deutsche Experten-gruppe zur Meinungsbildung und sicherheitspolitischen Beratung einladen.

Der britische Hochkommissar Sir Christopher Steel hatte sich zeitgleich

entgegen der eindeutigen Bestimmungen des für Deutsche gültigen Verbots der Beschäftigung mit militärischen Fragen ebenfalls für eine derartige Tagung ausgesprochen.

Die «Zentrale für Heimatdienst» baute derartig instruiert zwischenzeitlich eine von seinem Arbeitsstab eilig hierfür zusammengestellte Generalsliste für den in Kürze einzuberufenden sogenannten «Studienausschuss für deutsche Sicherheitsfragen» zu einer Expertenkartothek aus.

Als Präsident der Versammlung war Generaloberst a.D. Heinrich von Vietinghoff, genannt Scheel, vorgesehen, der von General der Panzertruppe a.D. Wend von Wietersheim als Vizepräsident unterstützt werden sollte.

Mit den ehemaligen Generälen Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg, Frido Ritter und Edler von Senger und Etterlin, Hans Röttiger, Hermann Foertsch, dem General der Flieger a.D. Hans Seidelmann, den Generalleutnanten a.D. Dr. Hans Speidel, Adolf Heusinger und Konteradmiral a.D. Eberhard Goth sollte gezielt teilstreitkraft- und truppengattungsübergreifend der Sachverstand aus der obersten Wehrmachtsführung nutzbar gemacht werden.

Die gesamte Erfahrungswelt aus Truppenführung, Generalstabsdienst, Logistik, verschiedenen Teilstreitkräften und Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges spiegelte sich in der Auswahl der Teilnehmer.

Die Altersstruktur der meisten Eingeladenen garantierte zudem persönlich gewonnene Expertise, die buchstäblich bis in die Schützengräben des Ersten Weltkrieges reichte.

Weitere Namen wurden gehandelt, bis schliesslich den Mitgliedern des Studienausschusses zwei Tage vor dem geplanten Tagungstermin das Treffen per Telegramm kurzfristig abgesagt wurde. Immerhin konnte dank der geleisteten Vorarbeit des Grafen Schwerin das Gremium bei Bedarf an einem geeigneten Ort dennoch kurzfristig zusammentreten.

Die Interessen der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatten sich bereits unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz des Jahres 1945 verändert.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich das militäri-

sche Informationsbedürfnis der Alliierten vor allem auf Hochtechnologie und die Sicherung von Aktenmaterial für die geplanten Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher konzentriert.

Im Zuge der entstehenden Systemkonkurrenz zwischen Ost und West wurde im Januar 1946 ein Paradigmenwechsel eingeläutet: Informationen über die Feindorganisationen auf dem europäischen Kriegsschauplatz für die Vorbereitung der amtlichen Geschichtsschreibung des amerikanischen Heeres im Zweiten Weltkrieg sollten nun aus erster Hand gewonnen werden.

Vor allem die Erfahrungen im Rahmen der Verteidigung gegen Durchbruchoperationen der Roten Armee und die Auswertung konkreter Gefechterfahrungen auf unterschiedlichen Führungsebenen im Falle von Einkesselungen auf dem ostwärtigen Kriegsschauplatz der Wehrmacht standen jetzt im Fokus der amerikanischen Arbeitsaufträge an die von deutschen Spitzenmilitärs gebildeten Control Group.

In kurzer Zeit hatten sich die ehemaligen deutschen Offiziere zu einer «unerschätzbaren Informationsquelle» entwickelt.

Unter diesen Bedingungen entwickelten sich im Dienst der Historical Division bereits vor der Gründung der Bundesrepublik erste und weitgehend informelle Überlegungen zur Verteidigung Westeuropas, die auch Adenauer erreichten.

Tabula rasa

Der Kalte Krieg mischt die Karten der Sicherheitspolitik neu – die Zeit der Denkschriften und Memoranden beginnt.

Als Generaloberst a.D. Halder im Juni 1950 zu den Bundespolizeiplänen Stellung beziehen sollte, hatte dieser über die mit Schwerins fast deckungsgleichen militärischen Überlegungen hinsichtlich der Divisionszahl. Ebenso deckte sich seine Sicht dem von Schwerin weitgehend antizipierten operativen Modell.

Im Gegensatz zu den unter strikter Geheimhaltung arbeitenden Heeresoffizieren waren die Angehörigen der ehemaligen Kriegsmarine des zeitgleich an der Darstellung der maritimen Weltkriegsoperationen arbeitenden «Naval Historical Teams» besser vernetzt, weniger abge-



Die Rehabilitierung des deutschen Soldaten sollte national wie international im Rahmen einer Ehrenerklärung stattfinden, während zugleich eine nicht näher definierte «Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten einschliesslich der seinerzeit im Rahmen der Wehrmacht eingesetzten Waffen-SS» angemahnt wurde.

schottet und betrachteten den Themenkomplex ganzheitlich.

So verbanden diese Experten bereits in ihren ersten Studien für die US-Navy neben aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs entstandenen militärstrategischen Betrachtungen über die für unverzichtbar angesehene Rolle einer künftigen Marine der Bundesrepublik im Rahmen einer westlichen Bündnisverteidigung mit politischen Forderungen nach Gleichberechtigung mit den Bündnispartnern und einem Ende der Diskriminierung von ehemaligen Soldaten.

Neue Bewegung in den Meinungsbildungsprozess des Kanzlers brachte eine Denkschrift, die die Generäle a.D. Dr. Hans Speidel und Hermann Foertsch gemeinsam mit Generalleutnant a.D. Adolf Heusinger im Auftrag des Kanzleramts verfasst hatten.

Das Expertenteam hielt am 7. August 1950 die militärische Lage für bedrohlicher denn je, da die drei Westmächte weder in der Lage noch willens seien, Westdeutschland im Falle eines sowjetischen Angriffs zu verteidigen. Voraussetzung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag sollten die militärische Gleichberechtigung und eine Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik sein.

Die deutschen Verbände sollten als modern ausgerüstete Korps mit taktischer Luftwaffe aufgestellt werden. Zusätzlich mussten nach Auffassung der Verfasser der Denkschrift schnellstmöglich westliche Verbände in die Bundesrepublik verlegt

werden, damit sowjetische Präventivmassnahmen ausgeschlossen werden konnten.

Die Himmeroder Denkschrift

Als «Versicherungsvertreter» getarnte Offiziere erarbeiten 1950 die Form des künftigen westdeutschen Wehrbeitrags.

Unter diesen Bedingungen konnte Graf Schwerin die Militärexperten erst Ende September zur anstehenden Tagung im Kloster Himmerod einladen. Major i. G. a.D. Graf Baudissin hatte im Vorfeld ebenso zur Mitarbeit gewonnen werden können wie Oberst i. G. a.D. Graf Kielmannsegg, der die Aufgaben eines ständigen Ausschusssekretärs übernehmen sollte.

Der Abt des Klosters wurde um vertrauliche Behandlung der Namensliste gebeten und an den Türen der für die Tagungsteilnehmer vorgesehenen Mönchszellen durften keine Namensschilder angebracht werden, bis sich am Abend des 5. Oktober alle 15 Offiziere – darunter zehn Generale und Admirale – in dem abgelegenen Eifelkloster eingefunden hatten.

Aus Gründen der Geheimhaltung hatte Schwerin der Tagung den konspirativ anmutenden Decknamen «Zusammenziehung der Versicherungsagenten» gegeben.

Zumindest hatte der Dienststellenleiter der Zentrale für Heimatdienst die Aufgabenstellung im Klartext benannt: die Erarbeitung einer umfassenden Denkschrift zum Problem des deutschen Verteidi-

gungsbeitrags für den Bundespräsidenten, den Kanzler und einen ausgewählten Kreis von Kabinettsmitgliedern.

Zudem sollte im Anschluss an die Tagung General a.D. Dr. Speidel mit Wissen der Expertengruppe ebenfalls den Oppositionsführer Dr. Kurt Schumacher über die Tagungsergebnisse informieren.

Der Erfolg der Tagung würde daran gemessen werden, ob es glücken sollte, die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte, insbesondere aus der noch allen Zeitgenossen präsenten Erfahrung der menschenverachtenden Verbrechen des «Dritten Reichs» zu ziehen und die Konsequenzen daraus auf die neuen deutschen Streitkräfte zu übertragen.

Vier Ausschüsse

Vier Ausschüsse wurden gebildet, die mit Arbeitsaufträgen Schwerins versehen wurden. Im Militärpolitischen Ausschuss, dem die Erarbeitung der militärischen und politischen Forderungen der Bundesregierung an die Alliierten, der Umgang mit Kriegsverbrechern und der anhaltenden Diskriminierung der ehemaligen deutschen Soldaten obliegen sollte, führte General a.D. Dr. Speidel den Vorsitz.

An der Spitze des allgemeinen Ausschusses stand General a.D. Hermann Foertsch. Hierbei sollte es um die ethischen und moralischen Grundsätze für den Soldaten in der Demokratie und der Konzeption eines tragfähigen neuen Leitbilds gehen.

Unter der Bezeichnung «Inneres Gefüge» wurde ein Oberbegriff genutzt, um Fragen wie Eid, Wehrgesetzgebung, Militärgerichtsbarkeit, aber auch die Einbindung der Truppe und des einzelnen Soldaten in den demokratischen Staat zu thematisieren.

Mit Graf Baudissin gehörte eine Persönlichkeit, die heute sicherlich als «Visionär» bezeichnet werden würde, zu dieser Arbeitsgruppe, der mit grösserer Deutlichkeit als seine Kameraden die inhaltliche Abgrenzung von der Wehrmacht einforderte. Ebenfalls sollten Massnahmen konkretisiert werden, die der «Selbstreinigung des Offizierskorps» dienen und durch einen hierfür zu bildenden Ausschuss für Personalfragen geklärt werden sollten.

Der Organisationsausschuss unter Leitung Heusingers schliesslich musste



Bundeskanzler Adenauer (zweiter von rechts) bei einem Truppenbesuch der ersten Soldaten der jungen Bundeswehr.

Bilder: Bundesarchiv

die operative Ausgangslage beurteilen, Vorschläge für Art, Umfang und Anzahl der künftigen deutschen Verbände machen und dabei einen realistischen Zeitplan der Aufstellung entwerfen.

Als militärisch wichtigstes Element der Beratung befasste sich dieser mit der Spitzengliederung, Unterstellungsverhältnissen und den komplexen Themenbereichen der Luftwaffen- und Marinefragen innerhalb der Gesamtkonzeption.

Der vierte Ausschuss widmete sich unter der Führung von General a.D. von Senger und Etterlin Ausbildungsfragen, der Infrastruktur und dem Ersatzwesen. Besonders die enge Zusammenarbeit mit den Alliierten galt dieser Arbeitsgruppe mit dem Wissen, dass der Personalpool gut ausgebildeter und kriegserfahrener Soldaten naturgemäss mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Jahr 1945 geringer werden würde, als Option.

Wert legten die als unbesoldete Privatleute zusammengerufenen Tagungsteilnehmer zudem auf die Feststellung, dass sie sich selbst als ein «ad hoc zusammengerufenes unabhängiges Gremium betrachteten, welches dem Bundeskanzler zur Verfügung steht, aber nicht als organisatorisch in irgendeinem Verhältnis zu ei-

ner Regierungsstelle anzusehen ist.» Vorbedingung für den deutschen Wehrbeitrag sollte nach Auffassung der tagungsteilnehmenden deutschen Offiziere ein den potenziellen Gegner vor einem Präventivschlag abschreckender, militärischer Schutzschirm der Alliierten sein, unter dem die deutsche Aufrüstung stattfinden sollte.

Die Aufrüstung musste im Rahmen einer europäisch-atlantischen Verteidigungsarmee mit dem Ziel der völligen politischen und militärischen Gleichberechtigung der Bundesrepublik verbunden werden.

Vermächtnis und Zukunft

Die Einbeziehung von Gewerkschaften und Opposition in den Prozess der Wiederbewaffnung eines demokratischen Staates wurde von den Experten als unverzichtbar für die Akzeptanz der künftigen Streitkräfte angesehen.

Die Rehabilitierung des deutschen Soldaten sollte national wie international im Rahmen einer Ehrenerklärung stattfinden, während zugleich eine nicht näher definierte «Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten einschliesslich der seinerzeit im Rahmen der Wehrmacht eingesetzten Waffen-SS» angemahnt wurde.



Die Aufrüstung musste im Rahmen einer europäisch-atlantischen Verteidigungsarmee mit dem Ziel der völligen politischen und militärischen Gleichberechtigung der Bundesrepublik verbunden werden.

Damit einher gingen Forderung nach der Regelung der Versorgung der früheren und zukünftigen Soldaten und die strikte Trennung der Aufgabenbereiche von Polizei und Militär.

Die Verteidigung des Bundesgebietes sollte nicht erst am Rhein beginnen und zur Realisierung dieses Ziels zwölf deutsche Divisionen – ausschliesslich Panzerdivisionen – eingebracht werden.

Eine starre lineare Verteidigung war unmöglich; eine angriffsweise Verteidigung mit Eckpfeilern im Norden und Süden ostwärts des Rheins, von denen aus raumgreifende Operationen gegen die nach Westen vorstossende Rote Armee hätten durchgeführt werden können, wurde angestrebt.

Das Gleichgewicht der Kräfte könne laut optimistischer Einschätzung der Arbeitsgruppe das Fundament für eine stabile Ordnung in Europa bilden und damit den Frieden sichern.

Die Einschätzung, dass die sowjetische Führung «nicht leichtfertig» einen Entschluss zum Angriff fassen würde, war

ebenfalls Konsens unter den Tagungsteilnehmern.

Interessant wirkt aus heutiger Sicht die vorgeschlagene Lösung für die Frage der Spitzengliederung: Der Inspekteur der künftigen Gesamtstreitmacht sollte dem Bundespräsidenten unterstellt sein, während für die politisch-parlamentarische Kontrolle ein ziviler Minister die Verantwortung tragen müsste.

Für die Durchführung der Personalpolitik im demokratischen Sinne – so die Diktion der Ausschussteilnehmer – sollten Kontrollelemente bei der Auswahl der wiederverwendeten ehemaligen Soldaten zur Sicherung des Primats der Politik eingesetzt werden. 250 000 Mann Gesamtstärke für die gepanzerten Verbände des Heeres hielten die Experten für die untere Grenze zur Erfüllung der operativen Aufgabe; zugleich aber auch ökonomisch für die «oberste Grenze der zumutbaren Leistungsfähigkeit».

Durch den Verzicht auf Typenvielfalt beim Wehrmaterial – ein altbekanntes rüstungswirtschaftliches Problem der Wehrmacht, das während des Zweiten Weltkriegs nie zufriedenstellend hatte gelöst werden können, bei Verbänden und Waffensystemen sollten die Schwierigkeiten der Truppe bei der Organisation von Instandsetzung und Nachschub vermindert werden.

Ausgebaute Feldbefestigungen und vorbereitete Sperrungen an der Main-Linie, der Fulda-Weser-Linie, im Sauerland und vor allem ein hartnäckig zu haltender Brückenkopf im Raum Hamburg sollten nach Auffassung der Tagungsteilnehmer der Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit dienen.

Die höchste nationale Führungsebene sollte das Korps bilden und die Zusammensetzung der Soldaten der deutschen Militärtradition entsprechend in den Verbänden regional und nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Ein Zeitplan von zwei Jahren bis zur Herstellung der vollen Gefechtsbereitschaft der Kontingente wurde erstellt. Auf die Phase der Ausbildung der Ausbilder sollte die Rekrutierung von freiwilligen Stammeinheiten und schliesslich die Einberufung von Dienstpflichtigen nach einem eng getakteten Stufenplan bis November 1951 erfolgt sein.

Dieses Muster sollte sinngemäss auch für die Luftwaffen- und Marineeinheiten gelten. Ob es allerdings überhaupt eine dritte Teilstreitkraft – die Luftwaffe – geben würde, galt während der Tagung noch als ungeklärt. «Unabdingbar» waren nach Auffassung der Arbeitsgruppe jedoch Fliegerkräfte zur unmittelbaren Luftnahunterstützung des Heeres.

Das von Schwerin unmittelbar nach der Tagung als untauglich verworfene Konzept der «Patenwehrmacht», die Ausstattung, Ausbildung und Umschulung des ehemaligen aus der Wehrmacht stammenden fliegerischen Personals und sonstiger Spezialisten ausserhalb von Deutschland übernehmen sollte, mutet heute allerdings nach einem multinationalen Gedankengang mit Zukunftspotenzial an.

Da sich die künftigen deutschen Marinekontingente ausschliesslich auf den Schutz der westlichen Ostsee und deren Ausgänge konzentrieren sollten, wurde die Beschaffung von Fregatten und Zerstörern konsequenterweise nicht erörtert. Die Ausplanung der Mannschaftsstärke der schwimmenden Verbände wurde in Himmerod ebenfalls nicht festgelegt. Analog zur Heeresorganisation hatten die Experten zur Unterstützung der schwimmenden Verbände Fliegerkräfte vorgesehen, die aufgrund der Weltkriegserfahrungen als Marineluftstreitkräfte direkt der Marine unterstellt werden sollten.

Als zentral wurde das Unterkunftsproblem beurteilt, wobei Zeltunterkünfte für das Sommerhalbjahr noch als akzeptabel angesehen wurden; bis Herbst 1951 sollte die Truppe jedoch in Barackenlagern untergebracht sein.

Mit dem zur Auftragserfüllung errechneten Bedarf von 3600 Panzern und 270 Flak-Geschützen, 800 Sturmgeschützen und 350 Granatwerfern wurden in Himmerod konkrete Zahlen für das Grossgerät des Heeres ausgeplant. Insgesamt 831 Flugzeuge galten vorrangig zur Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit der Panzerverbände als notwendig.

Obwohl es letztlich noch bis in das Jahr 1955 hinein dauern sollte, bis die Wiederbewaffnung Westdeutschlands offiziell beginnen konnte, hatte der Expertenausschuss in Himmerod bereits fünf Jahre zuvor das Fundament für die Bundeswehr gelegt. +